

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/11/2019

**über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 11.12.2019,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, R. 2/3**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Schmidt

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Peter Egan
Herr Rolf Griesenberg
Herr Volkmar Kleinschmidt
Frau Cordelia Koenig
Herr Detlef Levenhagen
Herr Jochen Proske

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel
Herr Oliver Böge
Herr Klaus Goldbeck
Herr Rainer Möller i. V. f. Herrn Lauert
Frau Sibylle von Rauchhaupt

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Christian Krause-Hassenstein Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Peter Kania
Frau Angelika Andres
Herr Heinz Baade
Frau Annette Kirchgeorg
Herr Jan Richter
Frau Jane Jobst

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Jan Jasper Lauert

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/09/2019 vom 13.11.2019
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO — **k e i n e** —
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
7. S4 PFA2 - Hinterlandanbindung feste Fehmarnbelt-Querung - Einwendungen der Stadt Ahrensburg zum PFA 2 der S4 unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Stadt Ahrensburg durch die feste Fehmarnbelt-Querung
8. Förderung der Erfahrbarkeit des historischen Wandels der Kulturlandschaft in Ahrensburg - Ergebnisse der AG Kulturlandschaft (ehem. Tunneltal) **2019/153**
9. Gewässerschutzbericht für das Jahr 2018 **2019/112**
10. Bericht über Medikamentenrückstände, Mikroplastik, Spurenschadstoffe in Oberflächen-Gewässern
11. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021 **2019/119**
 - 11.1. Änderungsantrag von Bündnis 90 Die Grünen 'Provisorische Parkplätze Stormarnplatz' zum UA TOP 11 „Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021" (AN/074/2019)
12. Bericht über die anstehenden Herrichtungen von Ausgleichsflächen
13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Prof. em. Dr. Hummeltenberg ergreift eingangs das Wort und führt seine Bitte zur Ergänzung der damals seitens der Stadt Ahrensburg eingereichten Resolution in Bezug auf das Vorhaben einer 2-gl. S-Bahn Strecke (S 4) im Abschnitt Rahlstedt – Ahrensburg aus.

Die anliegenden Unterlagen, deren Inhalte Herr Prof. em. Dr. Hummeltenberg nun kurz wiedergibt, sind vorab den Umweltausschussmitgliedern zugegangen und liegen nun der **Anlage** bei. Ergänzende Unterlagen zur Bekräftigung seiner These über die anliegenden Belege hinaus liegen den Ausschussmitgliedern wie auch der Stadt Ahrensburg vor und können bei Bedarf dort eingesehen werden.

Herr Peter Elmers verweist auf seine mehrfachen Wortbeiträge in den vergangenen Sitzungen von Umwelt- und Bauausschuss zum Thema "S 4" und knüpft an seinen Vorredner Professor Hummeltenberg an.

Er gibt seiner Auffassung Ausdruck, dass aus dem gut begonnenen S 4-Projekt inzwischen ein Alptraum geworden ist. Niemand würde heute die "S 4" so planen, wie sie zur Planfeststellung eingereicht werden wird. Die Randbedingungen haben sich seit Beginn der inzwischen 20 Jahre alten Planung entscheidend verändert; aber niemand hat bislang den Mut gehabt, darauf zu reagieren.

2000 fuhren noch alte Dieselloks, einen zweiten Regional-Express mit Halt in Ahrensburg gab es nicht. Gesonderte Gleise mit Stromschiene waren sogar

über Bargteheide hinaus bis Oldesloe angedacht. Der Fehmarnbelt-Tunnel war noch eine Vision und niemand rechnete mit sechs Meter hohen Lärmschutzwänden quer durch die Innenstadt und schon gar nicht daran, dass wegen der Schwerlastgüterzüge die Eisenbahnunterführungen von Ostring und Bahntrasse jahrelang gesperrt werden müssten. Der Stellenwert der FFH-Gebiete und ihr Schutzbedürfnis waren noch nicht in vollem Umfang erkannt.

Heute fahren komfortable elektrifizierte Doppelstock-Züge mit einerseits mehr Komfort als die alten S-Bahnen, die jedoch künftig langsamer in die Hamburger Innenstadt unterwegs sein werden, als seinerzeit.

Den Ahrensburgern wird ein S-Bahn-10-Minuten-Takt versprochen, aber in der öffentlichen Diskussion verschwiegen, dass dieser 10-Minuten-Takt - analog zum U-Bahn-Fahrplan - nur Montags bis Freitags morgens und nachmittags während sechs von 24 Stunden angeboten werden wird.

Weil die Regional-Express-Züge schon heute überlastet sind, ist zu erwarten, dass sie - wenn die S 4 fährt - gar nicht mehr in Ahrensburg halten werden. Schon im aktuellen Winterfahrplan ist die Abfahrtszeit in Ahrensburg so verschoben worden, dass die REs keinen Anschluss mehr von den Stadt- und Regionalbussen haben; - vermutlich damit in den bereits heute zeitweise überfüllten Zügen möglichst weniger Fahrgäste zusteigen.

Die Erwartung, dass die S 4 wesentlich zuverlässiger und pünktlicher verkehren wird als die heutigen Regionalbahnen, dürfte ein Wunschtraum bleiben, weil die S 4-Züge nördlich Ahrensburg auf den Fernbahn-Gleisen fahren müssen und sich diese mit den Güter- und Fernzügen aus Skandinavien und den REs aus Lübeck teilen müssen.

Die ursprünglich auch nördlich Ahrensburg geplanten gesonderten S-Bahn-Gleise sind bekanntlich dem Rotstift zum Opfer gefallen, um die sowieso explodierten Gesamtkosten noch einigermaßen zu begrenzen.

Aus dem Traum ist ein Alptraum geworden und Herr Elmers appelliert an Politik und Verwaltung, mit aller Kraft und gegebenenfalls auch monetär das Projekt "A1 der Schiene" zu unterstützen. Mit der Bündelung von Autobahn- und Schienen-Verkehr für die Güterzüge könnten nahezu alle Probleme gelöst werden.

Die heutigen Bestandsgleise könnten dann den infolge der "Verkehrswende" zu erwartende Zuwachs im Schienenverkehr problemlos aufnehmen, da auf ihnen ganz überwiegend nur noch der Personen-Nahverkehr behinderungsfrei und emissionsarm abgewickelt werden würde. Die S 4 könnte die in sie gesetzten Erwartungen dann voll erfüllen. Zusätzliche Express-Züge ohne Halt zwischen Ahrensburg und Hamburg wären möglich.

Nicht nur in den Städten und Gemeinden nördlich Ahrensburgs bis Lübeck, sondern auch zwischen Lübeck und Büchen würden sonst die unausweichlich zu erwartenden Lärmbelästigungen durch die Güterzüge aus Skandinavien vermieden.

All diese Städte haben bekannter Weise - anders als Ahrensburg - nämlich keinen Anspruch auf zusätzlichen Lärmschutz.

Die Strecke Lübeck - Büchen wird unausweichlich - ohne Lärmschutz - elektri-

fiziert werden müssen, um den Güterverkehr aufnehmen zu können, der nicht mehr auf die Strecke Lübeck-Hamburg passt, weil diese infolge der "Verkehrswende" selbst mit den zusätzlichen Gleisen zwischen Ahrensburg und Hamburg nicht genügend Kapazität haben wird.

Eine Neubaustrecke entlang der A1 würde dagegen optimalen Lärmschutz bekommen müssen; mit der Folge, dass dadurch die anliegenden Siedlungen gleichzeitig auch zusätzlich vom Autobahnlärm entlastet werden würden.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Einladung zur heutigen Sitzung und erfragt bei den anwesenden Ausschussmitgliedern ob Änderungswünsche oder aber Notwendigkeiten für eine Änderung bestehen.

Dies ist seitens der Ausschussmitglieder nicht der Fall.

Folgend wird die Tagesordnung abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/09/2019 vom 13.11.2019

Es bestehen keine Einwände, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO — keine —
— keine —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

Die Verwaltung hat keine Berichte oder Mitteilungen.

7. S4 PFA2 - Hinterlandanbindung feste Fehmarnbelt-Querung - Einwendungen der Stadt Ahrensburg zum PFA 2 der S4 unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Stadt Ahrensburg durch die feste Fehmarnbelt-Querung

Der Ausschussvorsitzende teilt eingangs die Hintergründe dieses Tagesordnungspunktes mit. Die ursprünglich verabschiedeten Resolutionen wurden mit dem Hintergrund der gewünschten notwendigen Minimierung des Güterverkehrs sowie der angestrebten Alternativenprüfung eingereicht. Da sich die Planung nun im Planabschnitt 2 befindet, sollte der Umweltausschuss eruieren inwieweit es sinnvoll erscheint, erneut Einwendungen zu erheben. Zwar endet der Abschnitt an der Grenze des Hamburger Stadtgebietes und eine direkte Betroffenheit wird nicht zu Stande kommen, jedoch unweigerlich eine Betroffenheit durch eine greifende Fernwirkung. Eine Einreichung von Ergänzungen in Form einer Einwendung als Träger öffentlicher Belange innerhalb des Planabschnittes 2 wäre aus Sicht des Ausschussvorsitzenden höchstwahrscheinlich zeitlich positiver als dies erst im Planabschnitt 3 zu tun. Sollte der Planabschnitt 2, wie veröffentlicht beschlossen werden, dann sinken die Chancen, dass die Inhalte der Resolutionen der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung zur S 4 und Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt Querung umgesetzt werden können.

Die anschließende Diskussion macht deutlich, dass grundsätzlich der Ausbau der S 4 von allen Fraktionen gewünscht ist, jedoch es zu verhindern gelten sollte Schienengüterverkehre vermehrt durch dicht besiedelte Gebiete zu führen, so wie es laut Planung der Fall sein würde. Unzweifelhaft liegt die Entscheidung diesbezüglich nicht in der Kompetenz der Stadt Ahrensburg und es könne erst recht nicht innerhalb des derzeitigen Verfahrens zielführend agiert werden.

Die Verwaltung führt aus, dass innerhalb der Planfeststellung lediglich der Bau geregelt wird und nicht die Auswirkungen. Es wurde auch festgestellt, dass zusätzliche Gleise, nach der Bauphase, zu keinerlei Behinderungen führen würden. Das Ziel sollte es nicht sein, die S 4 lediglich bis Rahlstedt führen zu lassen, denn dies hätte schwerwiegende Folgen in allererster Linie in Bezug auf den zukünftigen Schallschutz, welcher an die S 4 gekoppelt ist und ansonsten entfallen würde. Für die Stadt Ahrensburg bedeutet die Anbindung an die S 4 eine gewisse Attraktivierung und sollte daher (trotz der offenen Fragepunkte) nicht gefährdet werden.

Das Meinungsbild der Ausschussmitglieder geht mehrheitlich in die Richtung keine Einwendung innerhalb des derzeitigen Planverfahrens einzugeben. Wesentliche Punkte einer Eingabe, welche zur optimaleren Durchführung des Planverfahrens 3 auf Ahrensburger Gebiet führen sollten, könnten hier und heute nicht in der nötigen Feinheit zusammen getragen und formuliert werden.

Zu den bereits gestellten Resolutionen wird sich die Bahn im Planfeststellungsverfahren 3 äußern.

2019/153

8. Förderung der Erfahrbarkeit des historischen Wandels der Kulturlandschaft in Ahrensburg - Ergebnisse der AG Kulturlandschaft (ehem. Tunnelal)

Die Verwaltung führt eingangs den Hintergrund der ungewöhnlichen Beschlussreihenfolge aus. Federführend ist grundsätzlich der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, welcher bereits am 05.12.2019 einen Beschluss gefasst hat. Nun wird der Umweltausschuss um seine Einschätzung gebeten.

Zur Förderung der Erfahrbarkeit des historischen Wandels der Kulturlandschaft in Ahrensburg ist bereits die Arbeitsgemeinschaft Kulturlandschaft zusammengetreten und empfiehlt die in der Vorlage näher vorgestellte integrierte Strategie zum Kulturlandschaftsmanagement.

Die den Ausschussmitgliedern als Beispiel vorgelegte Kulturlandschaftswandelkarte (**Anlage**) würde bei Umsetzung in Ahrensburg das Ziel der Verdeutlichung der ganz eigenen Identität und individuellen Erfahrbarkeit näher bringen, was bei den Ausschussmitgliedern Anklang findet.

Abschließend verliest der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag und bindet dabei den bereits gefassten Beschluss des Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss mit ein, welchem entsprechend des vorab deutlichen Meinungsbildes der Ausschussmitglieder, gefolgt werden soll:

Für das Projekt „E Erfahrbarkeit des historischen Wandels der Kulturlandschaft

in Ahrensburg“ werden - wie im Sachverhalt dargestellt -die Mittel für den Doppelhaushalt 2020/2021 mit jeweils 10.000 € in 2020 und 30.000 € in 2021 – dieser Betrag jedoch mit Sperrvermerk auf dem PSK 28105.5431030 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2019/112

9. Gewässerschutzbericht für das Jahr 2018

Die Ausschussmitglieder sind durch die Vorlage hinreichend informiert und nehmen die Inhalte hiermit zur Kenntnis.

10. Bericht über Medikamentenrückstände, Mikroplastik, Spurenschadstoffe in Oberflächen-Gewässern

Die Verwaltung führt auf Wunsch kurz die anliegenden Informationen aus (**Anlage**). Damalig wurde bei einer Prüfung eindeutig belegt, dass ausgehend vom Schmutzwasser des Klärwerkes Medikamentenrückstände abgeleitet werden. Eine Minimierung der Rückstände könnte lediglich durch eine extrem kostenaufwendige 4. Reinigungsstufe erzielt werden. Medikamentenrückstände, welche über diesen Weg auch in das Grundwasser gelangen können, sind bereits im Trinkwasser auffindbar.

Mittlerweile muss darüber hinaus unweigerlich die Aussage getroffen werden, dass sich Mikroplastik bereits überall in der Luft, im Boden und auch im Wasser befindet.

Die sich in der Anlage befindlichen Unterlagen führen dies noch konkreter aus und würden zukünftig auch vorab den Ausschussmitgliedern zugeleitet werden.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung um die Ermittlung der Kosten einer Prüfung des Oberflächenwassers auf antibiotikaresistente Bakterien. Eine aktuelle Messung nach der Kläranlage und an anderen wichtigen Punkten im Stadtgebiet wäre darüber hinaus interessant um sicherzustellen, dass es kein akutes Problem gibt und um zukünftig Vergleichswerte zu haben.

darüber hinaus zu prüfen, ob es eventuell konkurrierende Nutzergruppen gibt und inwieweit ein Korb den Bedarf überhaupt erfüllen würde und falls nicht, ob zwei Körbe rechtlich umsetzbar wären.

Die Verwaltung sichert die Prüfung dieser Aspekte zu.

Abschließend erfolgt der Änderungsantrag zum AN/080/2019 mit dem Inhalt den gewünschten Ansatz zur Herstellung eines Basketballfeldes auf 80.000 € für das Jahr 2020 zu reduzieren und diesen Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen. Da dieser Änderungsantrag weitergehend ist als der AN/080/2019 wird anschließend über die Änderung abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **8 dafür (4 CDU, 3 SPD, 1Linke)**
 4 dagegen (1 FDP, 2 Grüne, 1 WAB)
 1 enthalten (1 Grüne)

Der Antrag **AN/095/2019** „Im PSK 56110/0900002 „Projekt-Nr. 810/Mobilitätskonzept Leihfahrräder/e-Bikes/e-Lastenräder“ werden 50.000 € von 2021 auf 2020, als Planungskosten, vorgezogen.“ wurde bereits in der vorherigen Sitzung des Umweltausschusses am 27.11.2019 besprochen und hier nun sofortig wie folgt beschlossen:

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Weiter werden die gestellten Anträge zur Thematik der provisorischen Parkplatzfläche auf dem Stormarnplatz diskutiert (**AN/094/2019** und **AN/114/2019**). Die Verwaltung erläutert dazu erneut die Hintergründe des dringenden Wunsches mit dem Bau eher zu beginnen als ursprünglich geplant. Mit dem Bau der Hamburger Straße (vorgesehen war ab September 2020 der Leitungsbau und ab 2021 der Straßenbau) darf wegen der aufgenommenen Bedingung erst begonnen werden, wenn zeitgleich Ersatz für die in der Hamburger Straße entfallenden Parkplätze bereitgestellt wird. Dies kann nur durch die zeitlich minimale Vorziehung des Baus der provisorischen Parkplatzfläche auf dem Stormarnplatz von zwei bis drei Monaten gewährleistet werden.

Der Ausschuss stimmt weiter über den **AN/114/2019**, der vollständigen Streichung des geplanten Betrages in Höhe von 70.000 € ab:

Abstimmungsergebnis: **5 dafür (3 SPD, 1 Linke, 1 FDP)**
 8 dagegen (4 CDU, 3 Grüne, 1 WAB)

Die Ausschussmitglieder diskutieren anschließend die Sinnhaftigkeit der Aufnahme eines Sperrvermerks, um weiterführend die Möglichkeit zu haben die Gelder erst nach Vorstellung einer detaillierten Planvorstellung des Parkplatzes freizugeben.

Folgend wird mündlich der nachkommende Antrag gestellt: „Für das PSK 55100/0900001“Projekt-Nr. 251/Provisorische Parkplätze Stormarnplatz wird in 2020 ein Ansatz in Höhe von 80.000 € eingestellt, der Ansatz wird zur besseren Bewirtschaftung der Fläche somit um 10.000 € erhöht.“

Abstimmungsergebnis: **8 dafür (4 CDU, 3 Grüne, 1 WAB)**
 4 dagegen (2 SPD, 1 Linke, 1 FDP)
 1 enthalten (1 SPD)

Abschließend wird über den **AN/094/2019** abgestimmt, welcher den soeben beschlossenen Ansatz in Höhe von 80.000 € mit einem Sperrvermerk versieht:

Abstimmungsergebnis: **11 dafür (4 CDU, 3 Grüne, 1 FDP, 2 SPD, 1 Linke)**
 1 dagegen (1 WAB)
 1 enthalten (1 SPD)

Schlussendlich wird über die Beschlussvorlage zum Haushalt 2019/119 wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **10 dafür (1 WAB, 4 CDU, 3 Grüne, 1 FDP, 1 Linke)**
 3 dagegen (3 SPD)

Der Haushalt wurde somit unter Einbeziehung der vorab beschlossenen Änderungen seitens des Umweltausschusses mehrheitlich beschlossen.

12. Bericht über die anstehenden Herrichtungen von Ausgleichsflächen

Die Verwaltung stellt die im Jahr 2019 angelegten Flächen anhand einer kleinen Präsentation dar. Darüber hinaus wird die Renaturierung im ehemaligen Schützenheim und den anliegenden Tennisplätzen bereits vorbereitet.

Die Ausschussmitglieder sind erfreut über die positive Entwicklung der vorgestellten Flächen (siehe **Anlage**).

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen derzeit keinerlei Anfragen, Anregungen oder aber Hinweise an die Verwaltung.

gez. Christian Schmidt
Vorsitzende/r

gez. Jane Jobst
Protokollführer/in